

DER KORRESPONDENT

Berichte aus Deutschland und der Welt. Unabhängig - Unzensiert - Unübertroffen.

Editorial

Ein neues Blatt stellt sich vor

„Der Korrespondent“ wurde ins Leben gerufen, um Berichte und Meldungen zugänglich zu machen, die es sonst nirgends gibt.

Eine große Zahl von Korrespondenten, die sich spontan bereit erklärt haben, über das zu berichten, was in ihrer Region oder in ihrem Umfeld an überregional bedeutsamen Ereignissen zu verzeichnen ist, gestalten dieses Blatt.

Der Korrespondent ist vorläufig eine reine Online-Zeitschrift, versucht allerdings vom äußeren Erscheinungsbild her eher an eine Print-Ausgabe zu erinnern. Damit wollen

wir einerseits die Verwendung von Hyperlinks ermöglichen, andererseits auch optisch ein Stück Seriosität vermitteln und durch das PDF-Format dafür sorgen, dass eben dieses Erscheinungsbild stets und für jeden Leser gleich bleibt.

Der Korrespondent ist ein Experiment. Die Zahl der Artikel und die aufgegriffenen Themen werden anfangs noch stark schwanken, doch ich hoffe, dass sich das mit der Zeit so einspielen wird, dass ein regelmäßiges Erscheinen mit stabilen Rubriken möglich sein wird.

Egon W. Kreutzer

Wahlen in Frankreich

Wer ist Emmanuel Macron?

Mit dem Herannahen der ersten Runde der französischen Präsidentenwahl stellt unser Korrespondent W.K. einen Kandidaten vor, der in Deutschland wenig bekannt ist: Emmanuel Macron.

Wirklich sichtbar wurde Macron in der französischen Politik im Sommer 2014. Präsident Hollande und sein Premierminister Valls bildeten die Regierung nach zwei Jahren um. Der damalige Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg wurde entlassen (er stand dem linken Block der „Rebelen“ zu nah), und als sein Nachfolger „erschien“ der fast unbekannte Emmanuel Macron, ein damals 36-jähriger gut aussehender Hoffnungsträger, der dem Bürger als „sachver-

ständiger Banker“ erklärt wurde. Auch hier in Frankreich, wo der politische Journalismus noch deutlich investigativer als in Deutschlands Mainstream-Medien ist, wird bei solchen „Erklärungen“ nicht sofort nachgefragt.

Macron als Wirtschaftsminister wurde bekannt vor allem durch die nach ihm benannte Gesetzesinitiative „Loi Macron“ „zur Stärkung der Wirtschaft Frankreichs“.

DER KORRESPONDENT

Berichte aus Deutschland und der Welt. Unabhängig - Unzensuriert - Unübertroffen.

Diese Gesetzesinitiative, die Montebourg im Frühjahr 2014 noch als „Erhöhung der Kaufkraft der Franzosen um 6 Milliarden Euro“ geplant hatte, verwandelte sich unter Macron innerhalb eines halben Jahres in eine neoliberale Reform üblichen Zuschnitts: Erleichterung der Kündigung von Arbeitnehmern, Aufweichen der geschützten Rechte ganzer Stände (Ärzte, Rechtsanwälte, ...), Aufweichung des Verbots von Sonntags- und Nachtarbeit, Öffnung der Möglichkeit zur Vermietung von großem Kriegsgerät an die Armee durch private Firmen (also privates Investment in Fregatten und Kampfflugzeuge, die dann mit hoher Rendite an die Truppe vermietet werden - von wegen Autobahnen, die waren hier schon immer privat!). Dazu kamen Maßnahmen gegen das Monopol der staatlichen Eisenbahnen.

Gerade als in Deutschland die ersten privaten Fernbusunternehmen Pleite gingen, durfte man sie in Frankreich endlich gründen. Das Gesetz führte 2015 zu zahlreichen und heftigen Streiks auf den Straßen und fand keine parlamentarische Mehrheit, da der „linke“ Block der Sozialisten nicht mitmachen wollte. Also musste - zum ersten Mal in dieser Legislaturperiode - der Premier Valls mit dem berüchtigten Paragraphen 49 Absatz 3 das Gesetz per Dekret ohne Abstimmung im Parlament in Kraft setzen.

Um Macron wurde es wieder ruhig. Im Herbst 2016 war er dann unter den ersten, die ihren Ministerjob

hinwarfen um eine eigene Kandidatur zur Präsidentschaftswahl aufzubauen.

Ein wirkliches Wahlprogramm hat er lange nicht. Sein Motto heißt „en marche!“ also „unterwegs“, was wohl Bewegung symbolisieren soll. Er fährt mit einem Bus durchs Land und lächelt unentwegt auf Wahlveranstaltungen. Von Journalisten gefragt, ob er denn wirklich „links“ sei (immerhin war er ja Minister in einer Regierung der Sozialistischen Partei Frankreichs!), kommt seine vorformulierte Antwort: „Die Unterscheidung zwischen Rechts und Links ist Blödsinn und auch ganz unmodern“.

Mit genau diesem Trick hat er sich aus den Vorwahlen beider Seiten rausgehalten. Es reichen die Patenschaften von 500 Bürgermeistern um Kandidat zu werden. Und die hat er zusammen.

In den Umfragen für die erste Runde der Präsidentschaftswahl führt immer noch Marine Le Pen mit 30%, Macron ist inzwischen Zweiter mit gut 25%; der durch die Schein-Beschäftigung seiner Frau skandalisierte François Fillon ist inzwischen weit hinter ihm. Alle anderen Kandidaten werden höchstens 10% schaffen. Macron hat also gute Chancen als Gegenkandidat zu Marine Le Pen in die zweite und entscheidende Runde zu kommen - lächelnd.

Wie kann es sein, dass ein junger, unerfahrener, quasi parteiloser „Politiker“ sich an das höchste Amt im Staat heranschleichen kann?

DER KORRESPONDENT

Berichte aus Deutschland und der Welt. Unabhängig - Unzensiert - Unübertroffen.

Die Antwort ist publik, man muss sie nur recherchieren.

Emmanuel Macron ist in Amiens - in der französischen Provinz - aufgewachsen. Schon als Schüler konnte er sehr charmant lächeln: Es reichte aus, eine seiner Lehrerinnen zu erobern, die seitdem seine Frau ist (20 Jahre älter als er und reiche Erbin einer lokalen Zuckerbäckerdynastie).

Nach dem Abitur besuchte er Frankreichs Eliteschule ENA (Ecole Nationale de l'Administration). Das ist eine typische Herkunft für einen französischen Präsidenten, auch François Hollande und viele andere Präsidenten sind ENA-Absolventen. Nach seinem sehr guten Abschluss an der ENA begann Macron seine berufliche Laufbahn in der französischen Finanzinspektion, einer renommierten Behörde, einem Korps. Dort kam er unter die Fittiche des damaligen Direktors der Finanzinspektion, Jean-Pierre Jouyet.

Dieser Mann war Minister und Staatssekretär in insgesamt vier französischen Regierungen seit den 90er Jahren. Er war im Kabinett Delors zuständig für die Entwicklung des Maastricht-Vertrags, unter Lionel Jospin kümmerte er sich um Frankreichs Beitritt zum Euro. Unter Präsident Sarkozy war er Budgetminister, der die französischen Defizite mit Brüssel verhandelte, unter François Hollande war er Sekretär des Elysee-Palasts (so etwas wie „Kanzleramtsminister“). Also ein wenig sichtbarer Akteur in den Kulissen, der sowohl

bei den Rechten wie auch bei den Linken Dienst tat.

Dieser Ziehvater Jean-Pierre Jouyet schickte seinen Zögling Emmanuel Macron 2007 - unter Sarkozy - in die „Attali-Kommission“. Diese ein Jahr dauernde Veranstaltung, geleitet von Jacques Attali, einem als „links“ geltenden Bankier, hatte die Aufgabe „Frankreichs Wirtschaft zu beleben“. Ihre Mitglieder waren die Wirtschaftsführer des Landes, insbesondere alle Chefs der großen CAC40-Unternehmen. Als Berichterstatter dieser Kommission webte sich das Netz für Macron von ganz von selbst. Er trifft auf Serge Weinberg, den Vorstandsvorsitzenden der Rothschild Bank. Der holt den jungen Finanzinspektor in seine Firma. Dort managed er im Auftrag der Bank die Übernahme von Pfizer Kindernahrung durch Nestlé (deren Chef hatte er auch in der Kommission kennengelernt). Durch die für diese Übernahme ausgelobte Provision wird Emmanuel Macron nun auch persönlich Millionär.

Die Attali-Kommission endet 2009 mit einem Maßnahmenkatalog, der die Interessen der Industrie und besonders der Finanzindustrie festschreibt (weniger Steuern, Aufhebung des Verbots von Leerverkäufen und allerhand mehr) und diese Reformen sollten „nicht nur für einige Jahre oder Legislaturperioden halten, sondern dauerhaft, unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen“.

DER KORRESPONDENT

Berichte aus Deutschland und der Welt. Unabhängig - Unzensiert - Unübertroffen.

Aha. Das ist das, was dann ja auch Macron für „moderne“ Politik hält. Links oder rechts? Mehrheiten? Ganz egal!

Zu Beginn der Ära Hollande, 2012, Jean-Pierre Jouyet ist Chef des Präsidentschaftsamt, schlagen er und Attali Hollande Emmanuel Macron als stellvertretenden Chef des Präsidentschaftsamt vor. Er erarbeitet gleich zu Anfang das CICE-Gesetz, ein 50 Milliarden Steuergeschenk an alle französischen Firmen. Als „Gegenleistung“ verspricht der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Pierre Gattaz, die Schaffung einer Million neuer Arbeitsplätze. Heute kann er sich nicht mehr daran erinnern und die Anstecknadel mit der Million ist auch nicht mehr an seinem Revers.

Als Hollande 2014 einen neuen Wirtschaftsminister als Nachfolger für den störrischen Montebourg sucht, schlägt ihm der Chef des Elysée-Palasts, Jean-Pierre Jouyet, Emmanuel Macron vor.

So geht das!

Wer sind denn die potentiellen Wähler von Macron?

Überraschend: junge Leute.

Die haben teils die Nase voll von der alten Politik, wollen aber nicht den Front National wählen, teils glauben sie den vagen Versprechungen, dass ein Präsident Macron endlich für das Ende ihrer Arbeitslosigkeit sorgen

wird. Seine in diesem Artikel behandelte Vergangenheit ist nicht Thema

in der breiten Öffentlichkeit also bleibt die Figur Macron glaubhaft lächelnd. Wirklich sichtbar ist er erst seit knapp drei Jahren, da ist die Weste noch fast weiß.

Emmanuel Macron ist das Produkt der verborgenen Kräfte, der Kaste der im Auftrag der Industrie handelnden Technokraten, die unsichtbar die sichtbaren Politiker umkreisen und immer dieselbe Politik empfehlen. Wen und was das Volk gewählt hat, ist da eher uninteressant.

Der sichtbare lächelnde Kandidat Macron wird mit hoher Wahrscheinlichkeit im zweiten Wahlgang gegen Marine Le Pen antreten, die seit Monaten schweigen kann, weil die Regierung Hollande/Valls sich selbst zerlegt hat - und irgendjemand nun noch das „Penelope-Gate“ um die Frau von François Fillon zum richtigen Zeitpunkt in die Öffentlichkeit geschoben hat.

Trotz aller Unterschiede: die Situation erinnert an die US-Präsidentenwahl. Nur das „Hillary“ Macron unverbraucher ist als seine amerikanische Kollegin. Es könnte gegen Marine Le Trump reichen. Muss aber nicht. Was der echte Trump bis dahin tut, wird die Wahl in Frankreich massiv beeinflussen. (W.K.)

DER KORRESPONDENT

Berichte aus Deutschland und der Welt. Unabhängig - Unzensiert - Unübertroffen.

Mangelwirtschaft

Wenn uns die Munition ausgeht

Zum zweiten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik (genauer: seit der 1952 wieder aufgenommenen zivilen Bewaffnung privater deutscher Waffenbesitzer) ist die Munitionssorte "9mm Para" deutschlandweit flächendeckend ausverkauft.

Das erste Mal war letztes Jahr im Spätherbst. Der zuvor gesehene Versorgungsengpass beim Reizgas nach den bürgerkriegsähnlichen Zuständen zu Köln am Jahreswechsel 2015/2016 konnte schnell beseitigt werden, indem zunächst eine bekannte Drogeriekette Pfefferspray ins Programm nahm und andere Discounter dem Beispiel folgten. Das dürfen die auch, weil Pfefferspray primär ein Tierabwehrmittel ist und somit nicht unters Waffengesetz fällt. Wenn die Drogerie das gleiche mit CS-Reizstoff machen wollte, bräuchte die Filiale eine Waffenhandelserlaubnis.

Aber zurück zur Munition: Im November konnte Frankonia wieder einen Schwung

liefern, der im lokalen Einzelhandel die Regale wieder auffüllte - und der ist jetzt offenbar bei der überwiegenden Zahl der Waffenhändler abverkauft.

Da der einzige in Westeuropa verbliebene Munitionshersteller RUAG (Marken:RWS, Geco, Rottweil, norma) und alle importierenden Munitionshändler inzwischen gewaltige Bestellüberhänge vor sich her schieben, herrscht hinter den Kulissen Hauen und Stechen, wer das wenige hereintröpfelnde Material bekommt. Der Branchenführer Frankonia, der exklusiv Sellier&Bellot Patronen vertreibt, und auch den Preis-Leistungs-Sieger Magtech aus Brasilien im Angebot hat, bedient als Großhändler den lokalen Handel und parallel als Einzelhändler auch Endverwender. Im Januar hat Frankonia den Wiederverkäufern die Preise für bestehende (und längst bestätigte) Aufträge hochgesetzt. Wer dem nicht zustimmen will, wird wohl mit noch längeren Lieferzeiten rechnen müssen. Die Wild-

West-Manieren werden durch die Grundsatzentscheidung der Firma DPD, kein Gefahrgut mehr zu transportieren, noch angeheizt. DPD war bis Oktober 2016 der letzte Transporteur, der Munition mit geringem Gefahrgut-Aufpreis innerdeutsch kartonweise vom Großhändler zum Einzelhändler brachte. Jetzt springen Speditionen und Spezialversender wie Overnite und GO! in die Bresche. Mit der Folge, dass Munition nur noch palettenweise eingekauft werden sollte, sonst fressen die Transportkosten den Profit. Damit gehen beim lokalen Handel die Lagermengen hoch, und dieser einmalige Effekt treibt den Bedarf gerade noch zusätzlich. Für kleine Händler wird der Handel mit Munition folglich unattraktiv und für Jäger und Sportschützen merklich teurer.

Nicht befriedigend geklärt werden kann leider, wo die ganzen 9mm-Patronen denn auf einmal alle hingehen, bzw. was deren Produktion so nachhaltig ins Stocken brachte, dass für den zivilen Markt nichts mehr übrig bleibt. Frankonia sagt, dass alleine der deutsche Bedarf im zivilen Sektor gewaltig in die Höhe gegangen sei; ausgehend von den Bestellmengen, die man hausintern beobachte.

Branchenkenner ziehen bei dieser Aussage allerdings die Augenbrauen hoch, weil moderne Patronenpressen viele Tausend Schuss Munition pro Stunde ausspucken. Mit einer einzigen Nachtschicht einer solchen Maschine ließe sich vermutlich der Bedarf aller deutschen Sportschützen und privaten Sicherheitsdienste eines halben Monats abdecken. Kann also nur heißen, dass diese Maschinen bereits rund um die

DER KORRESPONDENT

Berichte aus Deutschland und der Welt. Unabhängig - Unzensiert - Unübertroffen.

Uhr laufen. Vielleicht ist aber auch nur das Messing knapp. Oder das Nitrozellulose-Pulver? Ganz vielleicht hat aber auch irgendjemand noch eine andere Bestellung

platziert, deren vordringliche Bedienung für die Hersteller schlicht lukrativer ist als der nervige Kleinkram für den zivilen Sektor.

Diese doch sehr interessante Mitteilung erhielten wir von einem Insider aus Hessen. Seine Frage, wo die Munition hingehet, lässt sich vermutlich leichter beantworten, wenn man sich klar macht, dass es sich nicht um eine reine Pistolenmunition handelt, sondern dass die 9 mm Parabellum (auch Luger genannt) auch in Maschinenpistolen mit hoher Schussfrequenz eingesetzt werden kann. Mehr über diese Munitionsart finden Sie bei [Wikipedia](#)

Verteidigung

Die Befreier sind wieder da - und niemand schwenkt die Fähnchen

Nur wenige Bremerhavener waren am 7. Januar einem Aufruf der Initiative „Nordbremer Bürger gegen Krieg“ gefolgt, um gegen die Verlegung von US-Truppen im Rahmen der Nato-Operation „Atlantic Resolve“ zu demonstrieren. Bereits einige Tage zuvor waren die ersten beiden von insgesamt drei Roro-Frachtern im Bremerhavener Kaiserhafen eingetroffen, die laut Angaben des Oberbefehlshabers der US-Landstreitkräfte in Europa, Generalmajor Timothy P. McGuire, unter anderem 87 Panzer und weitere Militärfahrzeuge der 3. Brigade der 4. US-Infanteriedivision nach Europa bringen sollen. Die Stadt Bremerhaven sei unter anderem wegen der verkehrstechnisch günstigen Lage und ihrer Tradition als ehemaliger Standort der US-Streitkräfte ausgewählt worden.

Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis 1993 waren hier zeitweise bis zu 4.000 US-Soldaten und deren Angehörige stationiert. Im Bremerhavener Kaiserhafen wurden die Fahrzeuge auf insgesamt 900 Bahn-Waggons verladen und auf diesen weiter in Richtung Polen und baltische Staaten transportiert. Das dazugehörige Personal von rund 4.200 Soldaten wurde von den USA aus direkt an seinen Bestimmungsort geflogen. Trotz der umfangreichen Berichterstattung der Medien im Vorfeld hielt sich das

Interesse der Bremerhavener Bürger für diese gewaltige Anlandung von Militärgütern in Grenzen.



Nur wenige verirrt sich bei nass-kaltem norddeutschem Schmuddelwetter in die Nähe der Hafenanlagen, um sich selbst ein Bild vom größten Truppenaufmarsch in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg zu machen.

Viel gab es sowieso nicht zu sehen, denn die Hafenanlagen wurden rund um die Uhr von vermummten, schwer-bewaffneten US-Soldaten bewacht, die Zäune rund um das Gelände waren mit einem blickdichten Sichtschutz versehen. Argwöhnisch beobachteten diese Posten jeden Neugierigen, der durch die Maschen des Zauns ein paar Bilder von dem Truppenumzug machen wollte. Auch dem anschließenden Aufruf zu

DER KORRESPONDENT

Berichte aus Deutschland und der Welt. Unabhängig - Unzensiert - Unübertroffen.

einer Demonstration gegen diese Nato-Operation mochten sich nur wenige Bürger anschließen. Nachdem sich die knapp 200 Teilnehmer vor der Großen Kirche in der Bremerhavener Innenstadt versammelt hatten, zogen sie unter dem Motto „Nein zum Säbelrasseln - Truppenverlegung stoppen“ weitestgehend unbeachtet in Richtung Hafen. Die örtlichen Medien berichteten

eher spärlich und neutral bis wohlwollend über diesen Truppentransport. S.T.

Anzeige:

„Falschgeld - Die Herrschaft des Nichts über die Wirklichkeit“ von Samirah Kenawi ist ab 20. März in kleiner Auflage wieder lieferbar. Jetzt direkt beim Verlag bestellen, bevor es ein anderer tut. [Ja, ich will!](#)

Libyen

Ölterminals wieder unter Kontrolle der PFG

Tollhaus Libyen: Oder die mörderische Frage, wer wann mit wem den Verrat plante. Dieser Beitrag von Angelika Gutsche ist auch in der „Freitag-Community“ veröffentlicht worden. Libyen ist aus dem Aufmerksamkeitsbereich der deutschen Medien weitgehend verschwunden. Doch dort herrschen keineswegs Ruhe und Frieden. Angelika Gutsche ist seit Jahren die Journalistin, die versucht, ihre Leser darüber auf dem Laufenden zu halten. Sie hat uns gerne gestattet, Ihre Beiträge aufzugreifen.

Die libysche Nationalarmee (LNA) unter General Hefter hat die Kontrolle über wichtige Ölverladehäfen im Ölhalmmond verloren. Als am 4. März die dschihadistischen *Bengasi-Defence-Brigades* (BDB) die Ölverladestationen Ras Lanuf und Sidra angriffen, soll unter den Kommandanten der libyschen Nationalarmee (LNA) Verwirrung und Panik ausgebrochen sein. Die Milizen der BDB, die vor allem von der Türkei und Katar unterstützt werden, waren mit modernsten Waffen und Gerät ausgestattet.

Die Nationale Ölgesellschaft (NOC) bestätigte, dass die BDB-Milizen sowohl Ras Lanuf als auch Sidra vollständig unter ihre Kontrolle gebracht haben. Inzwischen wird in der Gegend von Ras Lanuf, Ben Dschawad und Nuflija sowie westlich von Sirte und Sidra gekämpft. Beide Seiten sollen bisher schwere Verluste erlitten haben.

Nach ihrer vor kurzem erfolgten Vertreibung aus Bengasi hatten sich die BDB etwa 300 Kilometer südlich in der Sahara neu formieren und von dort unbemerkt an die Küste vordringen können, um auf mehrere Ölterminals gleichzeitig Überraschungsangriffe zu starten.

Laut dem LNA-Sprecher Oberst Mismari hätten die BDB-Milizen Unterstützung von Kämpfern aus Misrata und Sabratha bekommen. Die dem Verteidigungsminister der ‚Einheitsregierung‘, Mahdi al-Bargathi, unterstehende 12. Infanteriebrigade hat ebenfalls auf Seiten der BDB gegen Hefters LNA gekämpft.

Von 2014 bis 2016 war der libysche Ölhalmmond unter Kontrolle der *Petroleum Facilities Guard* von Ibrahim Dschedhrien^[1]. Dann konnte er in einem unblutigen Coup von der LNA übernommen und zur Verwaltung an die libysche Ölgesellschaft NOC übergeben werden. Nun wurden die Ölterminals von den Bengasi-Verteidigungsbrigaden erobert, allerdings haben diese die Kontrolle inzwischen an die *Petroleum Facilities Guard* (BDB) abgegeben. Die BDB, die jetzt unter der Führung von Idris Bukhamada^[2] steht, wurde vom Präsidialrat entsandt, um Sidra und Ras Lanuf im gegenseitigen Einverständnis von den *Bengasi-Defence-Brigades* zu übernehmen. Idris Bukhamada erklärte, die beiden Terminals unterstünden nun der ‚Einheitsregie

DER KORRESPONDENT

Berichte aus Deutschland und der Welt. Unabhängig - Unzensiert - Unübertroffen.

rung' in Tripolis. Dies macht wieder einmal deutlich, wie eng der Präsidialrat und die ‚Einheitsregierung‘ mit Hardcore-Islamisten verbündet sind.

Noch immer ist nicht geklärt, wie den Bengasi-Dschihadisten dieser Überraschungscoup gelingen konnte. Innerhalb der LNA ist es zu Festnahmen gekommen. Unter den Verhafteten befinden sich der Polizeichef von Adschdabija und der Bürgermeister von Brega. Sie sollen Teil einer Verschwörung gewesen sein, die die LNA über den bevorstehenden Angriff der BDB getäuscht hat. Für einen Gegenangriff hat die LNA 5.000 Soldaten mit Panzern und Artillerie in der Umgebung von Brega zusammengezogen. Eine Tibu-Miliz und Milizen aus Zinten sollen zur Verstärkung im Anmarsch sein. General Hefter ist nach Kairo gereist. Bietet er dort Gesprächsbereitschaft mit der ‚Einheitsregierung‘ an oder bittet er um Unterstützung durch die ägyptische Luftwaffe? Seine eigene Luftwaffe fliegt heftige Angriffe in der Gegend von Ras Lanuf und Sidra auf Stellungen der Bengasi-Dschihadisten.

In Bengasi selbst hat die LNA den Kampf um die letzten Apartmentblocks im Ganfouda-Bezirk, in denen sich die Reste der noch in der Stadt verbliebenen Bengasi-Defence-Milizen verschanzt haben, verstärkt.

Unklar ist, inwieweit Ghweil und sein *National Salvation Government* (SGN) in die Vorgänge verstrickt sind. Ghweils Milizen halten in Tripolis immer noch ein Stockwerk der Hauptverwaltung der libyschen Ölgesellschaft besetzt. In den letzten Tagen hatte sich die Lage in Tripolis beruhigt. Auch dies zeigt deutlich, dass die ‚Einheitsregierung‘ und der Präsidialrat über das Vorgehen der Islamisten im Öllhalbmond informiert waren und deshalb die Kämpfe gegen Misrata-Milizen, die Ghweil unterstützen, einstellten beziehungsweise selbst Kämpfer zur Unterstützung der *Bengasi-*

Defence-Brigades abstellten. Wahrscheinlich wurde der gesamte Coup am 8. Februar bei dem Aufenthalt Sarradschs und des al-Kaida-Manns und Führer der LIFG (*Libya Islamic Fighting Group*), Abdullhakim Belhadsch, in der Türkei bei Gesprächen mit Erdogan geplant. Beschlossen worden war dort auch, dass die Türkei am Aufbau der libyschen Armee beteiligt werden soll.

Das Parlament in Tobruk hat inzwischen aus Empörung über den Angriff auf die Ölverladeterminals mit Unterstützung der ‚Einheitsregierung‘ mit Mehrheit für die Unterbrechung seiner Teilnahme am Libyschen Dialog gestimmt. Dies bedeutet auch, dass ihre Vertreter nicht mehr dem Präsidialrat angehören. Die Bevölkerung im Osten sieht sich bedroht und ist bereit, ihre Region gegen die Islamisten aus dem Westen des Landes zu verteidigen.

Nicht nur die Ereignisse der letzten Tage um den libyschen Erdölhalbmond haben dem Ansehen von General Hefter schwer geschadet, bereits vorher war Kritik laut geworden, wieso das Vorgehen gegen den BDB und den mit ihnen verbündete al-Kaida- und Ansar-al-Scharia-Milizen in Bengasi nur so schleppend voran gehe und so viele Opfer auf LNA Seite fordere. Der 74-jährige Hefter scheint zu versuchen, verschiedene Eisen im Feuer zu halten. Zum einen werden ihm gute Kontakte zu Russland nachgesagt, daneben ist er wohl auch ein Mann der CIA, der bis 2011 in den USA lebte und erst 2011 nach Libyen kam, um beim Sturz Gaddafis mitzumischen. Einer seiner engsten Vertrauten, der Chef der libyschen Luftwaffe Generalmajor Sakr, war zur Ausbildung in Jordanien, von wo er erst Ende 2016 zurückkam.

In Jordanien dürfte nichts passieren, was nicht im Detail mit der CIA, inzwischen auch als *al-CIAda* bekannt, abgesprochen ist. Übrigens hat Sakr am 6. März einen schweren Herzanfall erlitten.

DER KORRESPONDENT

Berichte aus Deutschland und der Welt. Unabhängig - Unzensiert - Unübertroffen.

Die *Bengasi-Defence-Brigades* (BDB) haben inzwischen angekündigt, ihr Ziel sei die Rückeroberung Bengasis, allerdings erst, wenn die Terminals gesichert seien. Nach deren Übernahme durch die *Petroleum Facilities Guards* könnten die BDB nun ihre Drohung wahr machen. Dies dürfte bei den Bewohnern Bengasis blankes Entsetzen auslösen, die die komplette Vertreibung der BDB aus der Stadt erst vor Kurzen auf den Straßen feierte.

Machen die BDB ihre Drohung wahr, wäre ein Eingreifen Kairo auf Seiten der Libyschen Nationalarmee wahrscheinlich, um die Machtergreifung von Islamisten im libysch-ägyptischen Grenzgebiet zu verhindern.

Der Staatsrat in Tripolis will den Ölhalbmond wieder unter der Kontrolle der Einheitsregierung in Tripolis sehen und wird von den Botschaftern Frankreichs, Großbritanniens und der USA dabei und bei der Forderung nach einer sofortigen Waffenruhe unterstützt. Es ist zu vermuten, dass die ‚Einheitsregierung‘ in Einklang mit den westlichen Ländern versucht, Hefers Position zu schwächen und ihn zu Verhandlungen zu zwingen. Wie es scheint, hat Hefter nach der Verweigerung des Dialogs mit der ‚Einheitsregierung‘ auch bei den Ägyptern nicht mehr den gewohnten Rückhalt.

Doch ob dieses Kalkül der ‚Einheitsregierung‘ und der mit ihr verbündeten ausländischen Regierungen aufgeht, bleibt abzuwarten. Es könnte auch das genaue Gegenteil in Form einer Eskalierung der Situation mit

unvorhersehbarem Ausgang die Folge sein. Als lachender Dritter aus dem Kampf der ‚Einheitsregierung‘ unter Sarradsch und dem Tobruk Parlament mit Hefter könnten Ghweil mit seiner Versöhnungsregierung (*Salvation Government*) und der Moslembruder-Großmufti Ghariani hervorgehen.

Die Leidtragende auch dieser Kämpfe ist die libysche Zivilbevölkerung. Kaum keimten leise Hoffnungen, dass mit einem Anstieg der Ölförderung sich auch die finanzielle Katastrophenlage des Landes verbessern könnte, sind diese Träume auch schon wieder zunichte gemacht. Wieder einmal hat sich die ‚Einheitsregierung‘ und der Präsidialrat mit Hardcore-Dschihadisten gemein gemacht, deren Verbündete al-Kaida und Alsar al-Scharia sind, die in Bengasi blutige Attentate in Krankenhäusern verüben, Sprengfallen in Wohngebieten aufstellen und Autobomben zünden, die Zivilisten in den Tod reißen.

Quellen: libyaherald.com / theguardian.com / derstandard.at / middleeasteye.net

[1] In dieser Zeit waren die Terminals meistens geschlossen, was dem libyschen Staat Verluste in Milliardenhöhe bescherte.

[2] Bukhamada steht dem Verteidigungsminister der ‚Einheitsregierung‘, Oberst Mahdi al-Bargathi, nahe. Er war schon einmal Kommandant der Petroleum Facilities Guards: 2013 hatte ihn Ministerpräsident Ali Zeidan dazu ernannt. Allerdings wurde er 2014 von Ibrahim Dschedhren von diesem Posten verdrängt.

DER KORRESPONDENT

Berichte aus Deutschland und der Welt. Unabhängig - Unzensiert - Unübertroffen.

Soweit die erste Probenummer des neuen Blattes „DER KORRESPONDENT“.

Über Anregungen - und auch über Ihre eigenen Berichte - freuen wir uns.

Kontakt: ewk@egon-w-kreutzer.de

Wer kann mitmachen? Wie sind die Regeln?

Mitmachen kann im Prinzip jeder, der einmalig oder wiederkehrend Kenntnis von allgemein interessierenden Ereignissen bekommt, die von den Mainstream-Medien nicht - oder nicht korrekt - aufgegriffen werden, und in der Lage ist, darüber einen guten Artikel in deutscher Sprache zu schreiben. Diese Artikel werden auf Wunsch anonym, sonst unter Namensnennung des Verfassers veröffentlicht.

Festgeklopfte Regeln gibt es in dieser Start- und Experimentierphase noch nicht. Klar ist jedoch:

- Mit der Einsendung eines Artikels wird das zeitlich unbegrenzte Recht zur Veröffentlichung im Blatt „Der Korrespondent“ erteilt. Dem Urheber steht es frei, diesen Text auch an anderer Stelle zu publizieren oder publizieren zu lassen.
- Mit dem Angebot eines Textes entsteht für den Herausgeber keine Veröffentlichungspflicht.

- Der Verfasser versichert, dass der angebotene Artikel sein originäres Werk ist und keine Rechte Dritter davon betroffen werden. (Plagiat)
- Der Verfasser ist für die Richtigkeit der dargestellten Sachverhalte verantwortlich. Seine Kommentare zum Sachverhalt sollten in sachlich-neutraler Sprache vermittelt werden.
- Der Herausgeber behält sich vor, ggfs. Überschriften und Zusammenfassungen der Artikel ohne Rücksprache mit dem Autor festzulegen oder zu ändern.
- Sollte das Blatt „Der Korrespondent“ sich so entwickeln, dass daraus ein insgesamt oder in Teilen kostenpflichtiges Angebot entsteht, oder, dass - über die Werbung für den EWK-Verlag hinaus - bezahlte Fremdwerbung aufgenommen wird, ist mit den Autoren eine Honorarvereinbarung zu treffen, die ihnen einen angemessenen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg zukommen lässt.
- Der Herausgeber wird die aktiven Autoren im gebotenen Umfang über den Stand des Projekts informieren.